

BESCHLUSS

aus der 7. Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 10.02.2022

Öffentliche Sitzung

8. **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FWG und CDU: Resolution an den Bürgermeister zur menschenwürdigen Unterbringung von Geflüchteten** AT-8/2022

Herr Kapfenberger begründet den Antrag für die Fraktionen FWG und CDU.

Frau Stahlberg schlägt eine Änderung des Resolutionstexts wie folgt vor:

"Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt das Konzept der Verwaltung die Unterbringung der der Stadt Nidderau zugewiesenen Geflüchteten dezentral zu organisieren. Auf eine Sammelunterkunft soll dabei möglichst verzichtet werden. Im Falle einer kurzfristigen Zuweisung unterstützt die Stadtverordnetenversammlung die kurzfristige Unterbringung einer großen Anzahl von Geflüchteten in städtischen oder privaten Liegenschaften. Die Verwaltung trägt dafür Sorge, dass es nicht zur dauerhaften Unterbringung in Sammelunterkünften kommt."

Es gibt Wortmeldungen von Herrn Ersten Stadtrat Vogel, Herrn Warlich und Herrn Bürgermeister Bär.

Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung in der Zeit von 20.36 Uhr bis 20.41 Uhr.

Herr Kapfenberger kann sich dem geänderten Textvorschlag anschließen, schlägt aber eine Begrenzung der Unterbringung in Sammelunterkünften von drei Monaten vor, um die Formulierung verbindlicher zu machen.

Es gibt Wortmeldungen von Herrn Huneke und Frau Abel.

Der Vorsteher macht den Vorschlag den Text von Frau Stahlberg wie folgt zu ändern:

"Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt das Konzept der Verwaltung die Unterbringung der der Stadt Nidderau zugewiesenen Geflüchteten dezentral zu organisieren. **Auf eine Unterbringung in Sammelunterkünften soll ausschließlich dann zurückgegriffen werden, wenn eine andere Unterbringung nicht möglich ist.** Im Falle einer kurzfristigen Zuweisung unterstützt die Stadtverordnetenversammlung die kurzfristige Unterbringung einer großen Anzahl von Geflüchteten in städtischen oder privaten Liegenschaften. Die Verwaltung trägt dafür Sorge, dass es nicht zur dauerhaften Unterbringung in Sammelunterkünften kommt."

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nachfolgende Resolution an den Magistrat/Bürgermeister der Stadt Nidderau:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt das Konzept der Verwaltung die Unterbringung der der Stadt Nidderau zugewiesenen Geflüchteten dezentral zu organisieren. **Auf eine Unterbringung in Sammelunterkünften soll ausschließlich dann zurückgegriffen werden, wenn eine andere Unterbringung nicht möglich ist.** Im Falle einer kurzfristigen Zuweisung unterstützt die Stadtverordnetenversammlung die kurzfristige Unterbringung einer großen Anzahl

von Geflüchteten in städtischen oder privaten Liegenschaften. Die Verwaltung trägt dafür Sorge, dass es nicht zur dauerhaften Unterbringung in Sammelunterkünften kommt.

Beratungsergebnis:

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(30)	SPD (11), Grüne (6), CDU (10), FWG (3), FDP (0)
Nein-Stimmen:	()	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0), FDP (0)
Enthaltungen:	()	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0), FDP (0)